PB.I-01-099

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG globale Entwicklung
Beschlussdatum:	17.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 99 bis 112:
Wir verfolgen eine ambitionierte, ~~nachhaltige und~~ menschenrechtskonforme ~~Klimaaußenpolitik~~und postkolonial sensible internationale Klimapolitik. Sie ist klimapolitisch notwendig, ~~kann~~muss nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikten vorbeugen und Frieden sichern. ~~Klimaaußenpolitik~~Neben der globalen Energiewende müssen auch Wirtschaftsmodelle und -kreisläufe nachhaltig und wettbewerbsfähigk gestaltet werden, um eine echte Alternative darzustellen. Internationale Klimapolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. ~~Sie bedeutet zum einen, dass wir~~Wir Europäer*innen wollen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. ~~Andererseits~~Länder des globalen Südens haben aber auch selbst wachsende Energiebedarfe: Klima- und Entwicklungsziele sind untrennbar. Die Klimakrise trifft Menschen im globalen Süden am härtesten, obgleich sie am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Wir werden ~~wir so~~ endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir ~~Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen~~ Ländern ~~vorantreiben~~des globalen Südens, und darüber hinaus, Klima- und Entwicklungspartnerschaften anbieten, um den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern ~~unterstützen~~zu unterstützen, Anpassung an den Klimawandel zu stärken und die nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen. Dafür braucht es eine starke Zusammenarbeit mit ambitionierten europäischen und internationalen Partner*innen sowie multilateralen Entwicklungsbanken, um somit Innovation zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so können wir es ~~schaffen, global~~ als Weltgemeinschaft schaffen,auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz ~~(„Adaptation and Mitigation“)~~ und setzen uns dafür ein, dass es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten ~~(„Loss and Damage“)~~ gibt. Daraus können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen und Unterstützung für klimabedingte Migration insbesondere von marginalisierten Gruppen, finanziert werden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden. Deutschland und die Europäische Union müssen darüber hinaus ihre diplomatischen Fähigkeiten viel stärker auf eine klimagerechte Politik ausrichten. Für mehr Sichtbarkeit und Effektivität muss die nächste Bundesregierung auf Ebene der Staatssekretär*innen eine Zuständigkeit für internationale Klima- und Nachhaltigkeitspolitik schaffen, eine ressortübergreifende Strategie entwickeln und jährlich im Bundestag darüber berichten.

Begründung

Die bisherige Formulierung des Projektes stellt so dar, dass wir internationale Klimapolitik betreiben, um damit grünen Wasserstoff importieren zu können. Die bisherige Formulierung lässt vermuten, dass wir nur unserer Verantwortung zur Unterstützung der Länder des globalen Südens gerecht werden, wenn sie uns Energie exportieren (das die Menschen dort selbst benötigen). Dies

trägt jedoch dem Verursacherprinzip des Klimawandels nicht Rechnung. Die Bedürfnisse im globalen Süden müssen klar anerkannt werden (diese umfassen nicht nur Klimaschutz, sondern auch Anpassung an den Klimawandel und insgesamt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele). Es wäre eine Illusion zu glauben, dass wir das 1,5° Ziel global schaffen werden, wenn wir nicht anerkennen, dass Klima- und Entwicklungsziele im globalen Süden untrennbar miteinander verknüpft sind. Der Absatz muss daher vielmehr in Form eines Angebots unsererseits an die Partnerländer formuliert werden. Klimaaußenpolitik sollte durch internationale Klimapolitik ersetzt werden, da Klimaaußenpolitik nur ein Teil des politischen Instrumentariums ist. Zudem müssen wir eng zusammen mit internationalen Partner*innen und multilateralen Institutionen agieren. Die Bedeutung des Themas klimabedingte Migration muss stärker betont werden. Und nicht zuletzt braucht es mehr Engagement im Bereich Klimadiplomatie und Ressortkoordinierung für internationale Klima- und Nachhaltigkeitspolitik.

Die englischen Begriffe sollten gestrichen werden: sie haben keinen Mehrwert.